



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN VOR DEN PARLAMENTSWAHLEN

■ ANALYSE	
Eine innenpolitische Bilanz der Regierung Tusk Reinhold Vetter, Warschau und Berlin	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Einstellungen zur Politik im Wahljahr	9
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 5. Juli bis zum 5. September 2011	16
<hr/>	
■ VERANSTALTUNGSHINWEIS	
Zweite Tagung Deutsche Polenforschung 22.–24.09.2011 in Mainz	21

Eine innenpolitische Bilanz der Regierung Tusk

Reinhold Vetter, Warschau und Berlin

Zusammenfassung

Die Koalition aus *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), deren Amtszeit im Oktober endet, war eher eine Regierung der kleinen, vorsichtigen Schritte als der großen Reformen. Die bürgerlich-demokratische Aufbruchstimmung zum Jahreswechsel 2007/2008 hielt nicht lange an. Erfolge der Koalition bei der Bekämpfung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sowie auf rechtlichem und sozialem Gebiet stehen herbe Niederlagen in anderen Bereichen gegenüber. So ist die Regierung bei der Schaffung eines »schlanken Staates« und der grundlegenden Sanierung der Staatsfinanzen gescheitert. Der *Bürgerplattform* als Seniorpartner der Koalition ist es auch nicht gelungen, die traditionelle Distanz zwischen Bürger und Staat wenigstens etwas zu verringern.

Als Polens Ministerpräsident Donald Tusk und sein Kabinett im November 2007 ihr Amt antraten, übernahmen sie eine große Verantwortung: Nach zwei Jahren »Doppelherrschaft« der Kaczyńskis (Jarosław Kaczyński als Ministerpräsident und Lech Kaczyński als Staatspräsident) ging es nicht nur darum, viele »liegengebliebene«, kurz- und langfristig wichtige Regierungsaufgaben zu erledigen, sondern auch alle jene Schäden zu reparieren, die Demokratie und Rechtsstaat erlitten hatten. Das Land war tief gespalten, weil die Nationalkonservativen der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) eine schroffe, ideologisch bedingte Polarisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft betrieben hatten. So wirkte die Parlamentswahl vom 21. Oktober 2007, bei der die *Bürgerplattform* mit einem Ergebnis von 41,51 Prozent der Stimmen einen historischen Sieg errang, wie ein Befreiungsschlag, wie ein bürgerlich-demokratischer Aufbruch in ein neues Zeitalter.

In seiner Regierungserklärung versprach Tusk eine »Politik der nationalen Eintracht, des ruhigen Dialogs und des konstruktiven Suchens nach gemeinsam getragenen Lösungen«. Der damalige Justizminister Zbigniew Cwiakalski kündigte eine Reform des Zivil- und Strafrechts sowie die Aufhebung der Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt an. Tusk schwärmte sogar von einem »Wirtschaftswunder à l'Irlande« und einem »schlanken Staat«. Der neuen Regierung war klar, dass sie sich auch und gerade der Sanierung der sozialen Systeme widmen müssen. Ebenso standen Ausbau und Modernisierung insbesondere des Verkehrssystems auf dem Programm.

Zwei Phasen bestimmten die Regierungszeit von Tusk: die *cohabitation* mit dem nationalkonservativen Staatspräsidenten Lech Kaczyński, und, nach dessen tragischem Tod beim Flugzeugabsturz von Smolensk, die Kooperation mit dem im Sommer 2010 gewählten Nachfolger Bronisław Komorowski, der zuvor wie Tusk

zu den führenden Persönlichkeiten der *Bürgerplattform* gehört hatte.

Regierung trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise

Das Krisenmanagement der Regierung Tusk in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hatte weitgehend flankierenden Charakter. So vergab die Regierung – vor allem über die staatliche *Bank Gospodarstwa Krajowego* – Bürgschaften und Kreditgarantien. Sie erreichte auch die Gewährung einer flexiblen Kreditlinie durch den *Internationalen Währungsfonds*. Schon im Jahr 2008 hatte das Kabinett eine antizyklische Lockerung durch Steuersenkungen beschlossen, die dann nach Ausbruch der Krise eine belebende Wirkung ausübte. Insgesamt hielt sich die Regierung an die Devise, keine größeren Konjunkturprogramme aufzulegen, auch wenn sie beispielsweise die Finanzierung günstiger Kredite für kleine und mittelständische Unternehmen ermöglichte. Hinzu kamen eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes, eine Vereinfachung der Kostenabrechnung für Forschung und Entwicklung sowie eine Beschleunigung der Ausgabe von Geldern aus den EU-Fonds. Erst im Juli 2011 kündigte die Regierung ein größeres Programm zur Förderung von Investitionen an, das vor allem den Branchen Automobil, Elektronik, Luftfahrt, Biotechnologie und Dienstleistungen zugute kommen soll. Ein Deregulierungsgesetz ebenfalls von diesem Jahr vereinfachte die Zulassungs- und Aufsichtsprozeduren gegenüber privaten Unternehmen. In einer Parlamentsrede zur Situation an den internationalen Finanzmärkten am 19. August dieses Jahres nannte Tusk Polen »ein Beispiel für Ruhe und Stabilität«.

Nicht sehr erfolgreich war das Kabinett von Donald Tusk, was die Einsparungen im Staatshaushalt angeht. Konnte im Jahr 2007 das Maastricht-Kriterium einer maximalen Neuverschuldung von drei Prozent noch erfüllt werden, lag der entsprechende Wert im Jahr 2010

schon über sieben Prozent. Die gesamte öffentliche Verschuldung stieg innerhalb von zehn Jahren von 37 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 55 Prozent im Jahr 2010.

Immerhin war Polen der erste EU-Staat, der eine »Schuldenbremse« einführte. Diese sieht vor, dass die Neuverschuldung nicht über der des Vorjahres liegen darf, wenn der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte auf über 50 Prozent des BIP steigt. Erreicht der Schuldenstand mehr als 55 Prozent des BIP, muss die Regierung im folgenden Jahr die Neuverschuldung senken. Wird die Grenze von 60 Prozent überschritten, muss der Staatshaushalt des folgenden Jahres sogar ausgeglichen sein. Im Mai 2011 wurden diese Regelungen sogar auf den kommunalen Bereich ausgedehnt.

Sehr wichtig für die finanzpolitische Stabilisierung Polens gerade in der Krise war die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Jährlich erhält das Land beträchtliche Summen aus den Struktur- und Agrarfonds der EU. Indirekt profitierte Polen auch von den sogenannten Rettungsschirmen, die in vielen EU-Staaten aufgespannt wurden.

Trotz »Schuldenbremse« scheiterte die Tusk-Regierung – wie alle Vorgänger der letzten 20 Jahre – bei der strategischen Aufgabe, den polnischen Staatshaushalt besser zu strukturieren und damit leistungsfähiger bzw. weniger anfällig für Defizite zu machen. Noch immer ist dieses Budget ein kaum überschaubares Gewirr von Haupt- und Nebenhaushalten, von sinnvollen und überflüssigen Fonds, von vertretbaren und unproduktiven Subventionen.

Atomstrom ohne Wenn und Aber

In der strategisch ebenfalls sehr wichtigen Energiepolitik haben sich Tusk und sein Kabinett – trotz der Katastrophe von Fukushima – auf die Seite der bedingungslosen Befürworter der Atomkraft geschlagen, auch wenn es Ausstiegstendenzen in wichtigen europäischen Ländern wie Deutschland und der Schweiz gibt, denen andere Staaten mit Sicherheit folgen werden. Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak (*PSL*) teilte mit, dass im Jahr 2020 das erste Atomkraftwerk ans Netz gehen solle, bis 2030 würden zwei weitere folgen.

Die Regierung begründet diesen Schritt mit der Notwendigkeit, die Energiepolitik zu diversifizieren und weist in diesem Zusammenhang auf die Dominanz der Kohle bei der Stromerzeugung sowie die Abhängigkeit bei Öl und Gas von Russland. Tatsächlich werden über 90 Prozent des verbrauchten Stroms aus Kohle gewonnen, zwei Drittel des genutzten Erdgases stammen aus Russland.

Immerhin wurde im März 2011 in der Nähe von Swinemünde (Świnoujście) der Grundstein für ein Flü-

siggas-Terminal gelegt, über das ab 2014 etwa ein Drittel des polnischen Gasbedarfs gedeckt werden soll. Die Regierung hat auch Pläne, in Stalowa Wola in Südostpolen und an weiteren Orten neue Gaskraftwerke zu bauen, um auch auf diese Weise die Dominanz der Kohle zu verringern. Außerdem wird an verschiedenen Orten in Polen nach Schiefergas gesucht. Im Juli 2011 wurde bekannt, dass sich Investoren aus der Volksrepublik China beim Bau von Kohlekraftwerken sowie im Umweltschutz und bei der Nutzung erneuerbarer Energien in Polen engagieren wollen.

Die Atompläne der Regierung blieben allerdings nicht ohne Kritik. Bei der Parlamentsdebatte über das Gesetz zum Bau von AKWs meldeten sich kritische Stimmen vor allem von der *Demokratischen Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), von *PiS* sowie – vereinzelt – auch aus der *PSL*. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS vom April 2011 ergab, dass 53 Prozent der Befragten den Bau von AKWs ablehnen, 14 Prozent mehr als sieben Monate zuvor. Ministerpräsident Tusk versicherte anschließend, die polnischen Atomkraftwerke würden »sicher« sein und schloss ein Referendum über den Bau nicht aus.

Gemischte Bilanz beim Ausbau der Infrastruktur

Wer durch Polen fährt, gerade auch durch den Osten des Landes, gewinnt den Eindruck, dass sich im Straßenbau in den letzten vier Jahren doch einiges getan hat. Tatsächlich wurde so manche Landstraße gebaut oder erneuert, Städte erhielten Umgehungsstraßen, auch einige Teilabschnitte im Autobahnnetz kamen hinzu. Vielerorts verraten Schilder, dass diese Arbeiten nicht zuletzt mit Geldern aus den EU-Fonds finanziert wurden.

Doch man muss genau hinschauen. Bald nach seinem Amtsantritt hatte Ministerpräsident Donald Tusk angekündigt, man wolle bis zum Beginn der Fußball-Europameisterschaft 2012 (EURO 2012) mindestens 900 Kilometer Autobahn bauen sowie mehr als 2 000 Kilometer Schnellstraßen neu anlegen oder zumindest reparieren. Jedoch schon im August 2010 hieß es in einem Bericht der Obersten Kontrollkammer (*Najwyższa Izba Kontroli – NIK*) zu den Vorbereitungen für die EURO 2012, dass gut 40 Prozent der diesbezüglichen Investitionen nicht im festgelegten Zeitrahmen realisiert werden könnten. Das, so NIK, gelte besonders für den Straßenbau und den Ausbau der Verkehrsverbindungen in den Städten.

Tusk selbst musste dann im März 2011 in einem Artikel für die »Gazeta Wyborcza«, Polens größter Tageszeitung, Farbe bekennen. Es wurden, erklärte er, 195 Kilometer neue Autobahn zur Nutzung freigegeben,

auch 400 Kilometer Schnellstraßen und 134 Kilometer städtische Umgehungsstraßen seien gebaut worden. Auch habe man 480 Kilometer Landstraßen erneuern können. Außerdem würden in Kürze die Umgehungsstraße um Breslau (Wrocław) sowie das 106 Kilometer lange Teilstück der Autobahn A2 zwischen Nowy Tomyśl westlich von Posen (Poznań) und der deutsch-polnischen Grenze dem Verkehr übergeben. Selbst wenn man diese Zahlen proportional bis zum Beginn der EURO 2012 hochrechnet, wird deutlich, dass die Regierung ihre Versprechungen auf keinen Fall einhalten können. Es seien »zu wenig Bänder durchschnitten worden«, kommentierte Janina Paradowska von der renommierten Wochenzeitung »Polityka«. Sowohl der Bau des restlichen Teilstücks der A2 zwischen Stryków nahe Lodz (Łódź) und der Hauptstadt Warschau sowie die Verlängerung der A4 von Krakau (Kraków) zur polnisch-ukrainischen Grenze als auch die Fertigstellung der A1 von Danzig (Gdańsk) über Lodz nach Kattowitz (Katowice) stehen noch in den Sternen. Die Gesamtstrecke der Autobahnen in Polen entspricht etwa der in den viel kleineren Staaten Ungarn und Tschechien. Mehr Tempo beim Autobahnbau wäre auch deshalb vonnöten, weil Polen im Unterschied zu den anderen Staaten den gewaltig gestiegenen Ost-West-Transit im Güterverkehr bewältigen muss.

Gordischer Knoten Autobahnbau

Geradezu grotesk war der Dilettantismus, den die Verantwortlichen in der Regierung an den Tag legten, als der Bau des Teilstücks der Autobahn A2 zwischen Stryków und Warschau an den chinesischen Baukonzern *China Overseas Engineering Group (Covec)* vergeben wurde. Denn der Dumpingpreis, den *Covec* offerierte und der dann auch vereinbart wurde, war so niedrig, dass bei den Regierungsvertretern von Anfang an Zweifel an der Fähigkeit des chinesischen Unternehmens, den Auftrag zu realisieren, hätten aufkommen müssen. *Covec* verfolgte damit das Ziel, einen ersten Schritt auf den europäischen Straßenbaumarkt zu machen. Schließlich scheiterte die Firma wegen der steigenden Baustoffpreise, der Auseinandersetzungen mit Subunternehmern und des Mangels an Kapital für Zwischenfinanzierungen. Die Regierung entzog ihr den Auftrag und kündigte Entschädigungsforderungen an. Bei dieser Gelegenheit wurde bekannt, dass *Covec* den Auftrag ohne Ausschreibung erhalten hatte.

In dem schon erwähnten Text für die »Gazeta Wyborcza« musste Ministerpräsident Tusk auch einräumen, dass er den Zustand der Polnischen Eisenbahn (*Polskie Koleje Państwowe – PKP*) für eine Niederlage seiner Regierung halte. Dem zuständigen Ministerium, so Tusk, sei es nicht gelungen, das »Chaos auf den Schie-

nen« zu beenden. Auch in dem Bericht des NIK war unter anderem die Rede von großen Verzögerungen bei der Modernisierung von Bahnhöfen. Immerhin wurden in den letzten vier Jahren etwa 1 000 Kilometer des Schienennetzes modernisiert, begann der Bau eines neuen Bahnhofs in Kattowitz und wurde mit dem Umbau des Zentralbahnhofs in Warschau (*Warszawa Centralna*) begonnen – ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der technischen Rückständigkeit, des Organisationschaos und des Fehlens einer modernen Beförderungsstrategie bei *PKP*.

Nichts Grundlegendes in der Sozialpolitik

Die Modernisierung der sozialen Systeme ist ein schwieriges Unterfangen – gerade unter den Bedingungen der Globalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und angesichts der Alterung der Gesellschaft. Oft regt sich auch Widerstand in der Bevölkerung. Ein zusätzliches Problem für die Regierung Tusk war die Veto-Politik von Staatspräsident Lech Kaczyński. Trotzdem müsste das Kabinett mitunter mehr Mut und Weitsicht statt finanzpolitischer Kurzsichtigkeit an den Tag legen.

Das zeigte sich vor allem bei der vom Kabinett beschlossenen und vom Parlament sowie von Staatspräsident Bronisław Komorowski gebilligten Änderung des Systems der Rentenversicherung. Danach gehen die Beiträge für die obligatorische »zweite Säule« nur noch zu einem kleineren Teil an private, von den Versicherten wählbare Fonds (*Otwarte Fundusze Emerytalne – OFE*) und zum größeren Teil an die staatliche Versicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS*). Die *OFE* sind Teil des 1998 eingeführten gemischt obligatorisch-freiwilligen Dreisäulenmodells. Die zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten obligatorischen Beiträge in Höhe von 19,5 Prozent des Bruttolohns gingen bis zur Änderung zu 12,2 Prozent an *ZUS* und zu 7,3 Prozent an die jeweiligen, von den Versicherten gewählten Fonds. Deren Anteil beträgt nun nur noch 2,3 Prozent.

Während die Regierung diesen Schritt mit einer Entlastung des Staatshaushalts begründete, meinten die Kritiker, besonders der frühere Finanzminister und Notenbankchef Leszek Balcerowicz, diese Entscheidung gefährde ein wesentliches Fundament der Rentenversicherung. Die *OFE*, so Balcerowicz, seien keine wesentliche Ursache des Budgetdefizits, damit umgehe man nur die dringend notwendige Reform der stark zentralisierten und bürokratisch-ineffektiven staatlichen Versicherungsanstalt *ZUS*.

Immerhin gelang es der Regierung, der grassierenden Frühverrentung einen ersten Riegel vorzuschieben, indem die vorzeitige Pensionierung von Eisenbahnern, LKW-Fahrern, Journalisten und Künstlern

eingeschränkt wurde. Eine vergleichbare Entscheidung bezüglich der »Uniformträger«, also vor allem der Soldaten und Polizisten, verschob das Kabinett auf die nächste Legislaturperiode, ebenso wie die Angleichung des Renteneintrittsalters von Frauen und Männern.

Gesundheitsreform weiter in der Planung

Mühsam gestaltet sich auch die Modernisierung des Gesundheitswesens. Während die Zahl der privaten, erfolgreich arbeitenden Arztpraxen und Krankenhäuser steigt, sind viele staatliche Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen, auf die nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung angewiesen ist, in einem beklagenswerten Zustand, wobei Ausnahmen die Regel bestimmen, wie beispielsweise das modern ausgestattete und gut funktionierende Militärkrankenhaus im Warschauer Stadtteil Praga beweist. In vielen Krankenhäusern übersteigen die Kosten bei weitem die zugeführten Mittel, was zu einer grassierenden Verschuldung führt. Die bauliche Qualität vieler Spitäler sowie deren Ausstattung mit Apparaturen sind schlecht. Die Überbelastung der Beschäftigten wegen Personalmangels und ihre oft schlechte Bezahlung fördern die Korruption und veranlassen viele Schwestern und Ärzte, in den Westen zu emigrieren. In seinem Text für die »Gazeta Wyborcza« hat Tusk dieses Manko auch eingeräumt.

Nach langem Tauziehen, diversen Attacken des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński gegen eine drohende »totale Privatisierung« des Gesundheitswesens und kontroversen öffentlichen Debatten stellte die zuständige Ministerin Ewa Kopacz im März 2011 im Sejm die Eckpunkte der geplanten Gesundheitsreform vor. Dabei geht es insbesondere um die Umwandlung der staatlichen Krankenhäuser in selbständig wirtschaftende Gesellschaften, die Eigentum der regionalen und lokalen Selbstverwaltungsorgane sind.

Kohäsion der Gesellschaft gefährdet

Wenig Interesse zeigte die Tusk-Regierung an einer Ausgestaltung des Arbeitsmarktes und einer Verbesserung der Instrumente für Arbeitsmarktpolitik. Der polnische Arbeitsmarkt ist sehr liberal strukturiert. Teilzeitbeschäftigung, Leiharbeit, Werkverträge und selbständige Erwerbstätigkeit sind weit verbreitet. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge liegt weit über dem EU-Durchschnitt. Auch die Kündigungsregeln sind sehr liberal, außer bei Massenentlassungen, Entlassungen aus einem unbefristeten Vertrag und beim Beschäftigungsschutz für Personen, die kurz vor dem Eintritt in die Rente stehen. Die große Mehrheit der polnischen Arbeitnehmer ist in Unternehmen beschäftigt, die nicht an Tarifverträge gebunden sind. Während staatliche Unternehmen in der Regel durch einen hohen gewerkschaftli-

chen Organisationsgrad gekennzeichnet sind, spielen die Gewerkschaften im privaten Sektor kaum eine Rolle. So ist auch die Gestaltung der Löhne kaum an Bedingungen oder Vorschriften gebunden.

Alle diese Charakteristika sorgen für Flexibilität des Arbeitsmarktes, helfen in der Krise und sind attraktiv für ausländische Investoren, führen aber auch zur Vereinzelung und Entsolidarisierung der Beschäftigten, wodurch die Kohäsion der Gesellschaft gefährdet wird – ein Phänomen, das die von der *Bürgerplattform* dominierte Regierung nicht weiter beschäftigte. Ungelöst blieb auch das Problem, dass die Arbeitsförderung und -vermittlung in Polen bis heute unter sehr ungünstigen Bedingungen stattfindet, weil die bereitgestellten Mittel überhaupt nicht den Erfordernissen entsprechen. Während westliche EU-Staaten 1,5 und mehr Prozent des BIP für Arbeitsmarktpolitik ausgeben, sind es in Polen nur 0,2 Prozent. Zum Glück gibt es inzwischen viele private Agenturen für Arbeitsvermittlung, Leiharbeit und Personalberatung im ganzen Land, die aber nicht immer seriöse Arbeit leisten.

Zu den Erfolgen der Koalition aus *Bürgerplattform* und *Polnischer Bauernpartei* gehören sicherlich die landesweite Förderung von Kinderkrippen und Vorschuleinrichtungen, deren Zahl in den letzten vier Jahren erheblich zugenommen hat, sowie die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs und die Ermöglichung eines Vaterschaftsurlaubs. Auch viele neue Fußballplätze wurden gebaut. Die in der Regel schlecht bezahlten Lehrerinnen und Lehrer erhielten eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 30 Prozent.

Alle Untersuchungen zeigen, dass der Lebensstandard in Polen, generell gesehen, kontinuierlich ansteigt. Der Gesundheitszustand der Bürger wird besser, ebenso erhöht sich das Ausbildungsniveau. Die Versorgung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgegenständen verbessert sich. Doch die Unterschiede innerhalb der Gesellschaft sind gewaltig. Nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*) vom März 2011 leben 2,2 Millionen Polen mit einem Familieneinkommen von weniger als 1 200 Zloty (zirka 290 Euro) unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. Das Institut für Arbeit und Soziales (*Instytut Pracy i Spraw Socjalnych – IPSS*) bemängelt, dass die öffentlichen Ausgaben für sozialschwache Familien Jahr für Jahr niedriger würden. In den Jahren 2005 bis 2009, so das Institut, seien diese Ausgaben um 20 Prozent gesunken

Das Auf und Ab der Verfassungsdebatte

Gerade auch auf dem Gebiet der Rechts- und Innenpolitik erweist sich die demokratische Reife einer Regierung. Hier wird schnell deutlich, ob eine Regierung inhaltlich begründete Führung ausübt oder nur herrscht und

dekretiert, ob sie zentralistisch agiert oder auch Subsidiarität zulässt, ob sie Bürger zu Zivilcourage ermuntert oder zu Passivität verurteilt. Auf jeden Fall hat die Koalition aus *PO* und *PSL*, anders als die nationalkonservativen Regierungen der Jahre 2005 bis 2007, darauf geachtet, dass die Dreiteilung der Staatsgewalt respektiert wird. So verzichtete sie darauf, politischen Druck auf die Justizbehörden auszuüben.

Früh haben Tusk und seine Minister auch auf Probleme des geltenden Rechtssystems hingewiesen. Das gilt besonders für die 1997 in Kraft getretene Verfassung. Führende Juristen wie die ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts Andrzej Zoll, Marek Safjan und Jerzy Stepien halten die Verfassung für ein solides, den Rechtsstaat garantierendes Regelwerk, plädieren aber auch für Veränderungen, weil das Grundgesetz gerade auf den Gebieten Außenpolitik und Gesetzgebung Raum dafür bietet, dass Staatspräsident und Regierung parallel eine unterschiedliche, nicht abgestimmte Politik besonders dann betreiben, wenn beide aus unterschiedlichen politischen Lagern kommen – so geschehen in den Jahren 2007 bis 2010, als dem nationalkonservativen Staatspräsidenten Lech Kaczyński die liberal-konservative Regierung von Ministerpräsident Tusk gegenüber stand.

Seit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Bronisław Komorowski hat die Intensität der Verfassungsdebatte wieder nachgelassen, was insbesondere damit zusammenhängen dürfte, dass das Staatsoberhaupt sein Vetorecht sparsamer einsetzt und überhaupt um ein kooperatives Verhältnis zur Regierung bemüht ist. Immerhin gelang die parlamentarische Verabschiedung eines Wahlgesetzes, das, insbesondere von Tusk und seiner *Bürgerplattform* forciert, zumindest für den Senat einen Wechsel hin zum Mehrheitswahlrecht vorsieht. Staatspräsident Komorowski wiederum plädierte für eine Novellierung der Verfassung, mit der vor allem Polens Handeln in der Europäischen Union und die entsprechenden Rechte und Pflichten von Staatspräsident und Regierung präzisiert werden sollten.

Zur Erfolgsbilanz der Regierung Tusk gehört die Aufhebung der aus kommunistischer Zeit stammenden Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt. Schon im Juni 2008 hatte das Kabinett einen entsprechenden Gesetzesentwurf angenommen, dessen Verabschiedung im Parlament dann aber durch ein Veto des damaligen Staatspräsidenten Lech Kaczyński verzögert wurde. Später konnte das Veto im Sejm überstimmt werden. Scharfe Kritik seitens liberaler Juristen rief das strafrechtlich äußerst konservative Gesetz zur Strafverschärfung bei pädophilen Straftaten und zur pharmakologischen Behandlung pädophiler Straftäter bis hin zur chemischen Kastration hervor, das die Regierung

ins Parlament eingebracht hatte und das im November 2009 in Kraft trat.

Kein echter Schutz vor Diskriminierung

Auch das von der Regierung lancierte und Ende Oktober 2010 vom Parlament verabschiedete Gesetz zur gesellschaftlichen Gleichstellung verdeutlichte einmal mehr die gesellschaftspolitisch sehr konservative Haltung der *Bürgerplattform* und der von ihr dominierten Regierung. Das Gesetz soll zwar Gleichbehandlung unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung und körperlicher Behinderung sichern, bietet aber wegen seiner schwammigen Formulierungen keinen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung in der Schule, den Behörden, beim Zugang zu medizinischen Dienstleistungen und bei der Vergabe von Arbeitsplätzen. So bezieht sich das Gesetz nur auf staatliche und öffentliche Instanzen, nicht aber auf private Unternehmer. Auch die Frage der Entschädigungen bei ungleicher Behandlung wird nicht ausreichend geregelt. Das Niveau des Gesetzes liegt unter dem Standard in den meisten EU-Staaten; Kritik kam u. a. von UN-Menschenrechtsbeauftragten.

Geradezu peinlich für die Regierung war die Weitergabe von Bankverbindungen belarussischer Oppositioneller in Polen durch die polnische Generalstaatsanwaltschaft an die Behörden in Minsk, wodurch die politische Verfolgung der Oppositionellen durch das Regime von Alexander Lukaschenko gefördert wurde – eine Aktion, die auf bedenkliche Ignoranz der beteiligten polnischen Juristen gegenüber den Menschenrechten schließen lässt.

Zu den nicht eingelösten Wahlversprechen der Regierung Tusk gehören schließlich die bislang nicht gewährten Finanzhilfen bei Gerichtsverfahren für Bürger niedrigen Einkommens sowie eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den von der Zentralregierung eingesetzten Woiwoden und den Leitern der Marschallämter auf lokaler Ebene.

Aufgeblähte staatliche Bürokratie

Als seine größte persönliche Niederlage bezeichnete Ministerpräsident Donald Tusk das Scheitern seiner Regierung bei der Schaffung eines »schlanken Staates«. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst Polens, so Tusk, sei von 382 000 Ende 2007 auf 457 000 Ende 2010 gestiegen, und dies, wie er betonte, nicht nur durch die Neueinstellung von Mitarbeitern in den lokalen Verwaltungen, worauf die Regierung keinen Einfluss habe, und wegen der Änderung der Zählweise durch das Statistische Hauptamt (GUS), sondern eben auch durch die Aufblähung der zentralen Regierungsverwaltung und anderer Behörden. Ein entsprechender

Gesetzesentwurf der Regierung zur Reduzierung der Beschäftigung im gesamten öffentlichen Dienst wurde auf Antrag von Staatspräsident Komorowski vom Verfassungsgericht wegen einer ganzen Anzahl von Verstößen gegen die Verfassung zurückgewiesen.

Die Bilanz der Regierung auf dem Gebiet der Militärpolitik wiederum ist gemischt. Einerseits machte Polen auf Initiative Tusks und seines Kabinetts den wichtigen Schritt zur Schaffung einer Berufsarmee und der damit verbundenen Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, andererseits zeigte sich im Zusammenhang mit dem Untersuchungsbericht über die Hintergründe der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (April 2010), dass das Verteidigungsministerium jahrelang gravierende Mängel des polnischen Militärs in den Bereichen Führung, Ausbildung, Disziplin und Kontrolle übersehen bzw. ignoriert hatte.

***Bürgerplattform* als Netzwerk der Regierungsmacht**

Geht es um den Politik- und Regierungsstil, dann haben Tusk und seine Minister ihr Wahlversprechen von 2007 mehr oder weniger eingehalten. Anders als sein Vorgänger Jarosław Kaczyński war Tusk nicht so extrem darauf erpicht, Konflikte zu schüren, die politischen Gegner unablässig zu provozieren, einzelne gesellschaftliche Gruppen zu verteufeln, die Justiz zu politisieren, den Medien Zensuren zu erteilen und den Bürgern ein traditionelles Geschichtsbild zu verordnen. Sieht man von einzelnen Äußerungen wie etwa über die Pädophilen ab, dann ist Tusk nicht gerade ein Mann der zugespitzten doktrinären und ideologischen Aussagen, sondern eher ein Vertreter des gemäßigten Pragmatismus. Allerdings schreckten auch Spitzenpolitiker der *Bürgerplattform* gerade in der Auseinandersetzung über die Flugzeugkatastrophe von Smolensk nicht davor zurück, ähnliche Tiraden loszulassen wie ihre politischen Gegner von *Recht und Gerechtigkeit* – nur eben mit umgekehrtem Vorzeichen. Tusk jedoch vermied dies, so gut es ging.

Aber sein Politik- und Regierungsstil hatte auch negative Konsequenzen für seine Partei. Je mehr die reformerische Kraft der Regierung nachließ, desto stärker verlor die *Bürgerplattform* an inhaltlichem Profil, da sie sich ja als parlamentarische Basis der Regierung begreift. Polnische Ökonomen wie Stanisław Gomułka und Krzysztof Rybiński sowie ausländische Zeitungen wie der »Economist« warfen Tusk mangelnde Entschlossenheit zu Reformen vor. Der Soziologe Paweł Śpiewak, früher Abgeordneter der *PO*, sprach von »Wahlopportunismus« und Aleksander Smolar von der renommierten Batory-Stiftung (*Fundacja im. Stefana Batorego*) meinte sogar, dass Tusk mit seinem »gewöhnlichen Populismus« Berlusconi näher sei als Sarkozy.

Ohne Zweifel entwickelte sich die *Bürgerplattform* mehr und mehr von einem politisch vorwärtstreibenden Faktor zu einem Netzwerk der Regierungsmacht. Für dieses Phänomen prägten Mariusz Janicki und Wiesław Władyka in der »Polityka« den Begriff »Tuskismus« (Tuskizm). Sie meinten damit ein System, in dem die Partei und ihre Vertreter zunehmend in alle Verästelungen des Regierungssystems und der öffentlichen Institutionen vordringen. Dabei sind Loyalität und Vorsicht wichtiger als inhaltliches Profil, müssen begründete Vorschläge von Fachleuten eher blockiert oder ignoriert als produktiv aufgenommen werden. Daraus resultieren mangelnde Kompetenz sowie Untätigkeit oder Fehler. Die Regierung verliert ihre führende Kraft. Niemand weiß mehr so genau, wofür die *Bürgerplattform* und ihre Regierung stehen. Das wiederum fördert das Desinteresse der Bürger an Staat und Parteien.

Als Netzwerk der Macht zieht die *Bürgerplattform* all jene an, die die Nähe zur Macht suchen oder zum Sprung in die Macht ansetzen – völlig unabhängig davon, ob sie bislang Sozialdemokraten waren wie Dariusz Rosati und Bartosz Arłukowicz oder Nationalkonservative wie Joanna Kluzik-Rostkowska. Systemimmanent ist auch das Phänomen, dass es in der Regierung und in der Partei ohne Tusk keine Energie, keine Bewegung, keine Entscheidung und keine Ordnung gibt. Das »Wird Donald dabei sein?« (»Donald będzie?«) wurde zur entscheidenden Frage für alle wichtigen Treffen und Beratungen. Bei Tusk selbst förderte dies zunehmend Nervosität, Gereiztheit und Selbstherrlichkeit. Die Fixierung auf ihn bedeutet nicht, dass er nicht auch Gegner innerhalb der Partei hätte – wie insbesondere Sejmarschall Gregorz Schetyna.

Tusk ist sicher jemand, der als Parteivorsitzender und Regierungschef die Stimmungen in der Gesellschaft möglichst genau beobachtet und auch versucht, mit der Bevölkerung zu kommunizieren. Allerdings tut er dies hauptsächlich über die Medien, der direkte Kontakt zu den Bürgern ist nicht gerade sein Metier. Entsprechend gering ist sein Interesse an der Zivilgesellschaft, also jenem Netzwerk von Gruppen, die politische, christliche, soziale, erzieherische, gruppenspezifische und nachbarschaftliche Ziele verfolgen, nicht aber in Parteien organisiert sind. Eine Mobilisierung der Zivilgesellschaft, die in Polen bislang weniger ausgeprägt ist als in westlichen EU-Staaten, sieht Tusk nicht als wichtige Aufgabe an. Das gilt allerdings auch für die anderen politischen Parteien. Die *Bürgerplattform* ist eher eine Partei des karrierebedingten Individualismus und daher mitverantwortlich für die zunehmende soziale Kälte in bestimmten Teilen der polnischen Gesellschaft.

Vehikel EU-Ratspräsidentschaft

Ohne Zweifel spielt die polnische EU-Ratspräsidentschaft im Wahlkampf der Regierung und der *Bürgerplattform*, weniger der *Polnischen Bauernpartei*, eine wichtige Rolle. Ein bombastisches Programm von etwa 50 europäischen Treffen auf Ministerienebene und 1 500 auf Expertenebene wird propagandistisch genutzt, um Donald Tusk und seine Mitstreiter als verantwortungsbewusste Politiker im Dienste eines auf europäischer Ebene einflussreichen Polens zu apostrophieren. Für die entsprechenden Bemühungen von etwa 1 200 Regierungsmitarbeitern und Experten stehen 430 Millionen Zloty (zirka 104 Millionen Euro) zur Verfügung. Einen Monat vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft wurde in Brüssel eine neue polnische EU-Vertretung eröffnet, deren Gebäude samt innerer Ausstattung 40 Millionen Euro (!) gekostet hat. Das offizielle Programm wird durch etwa 1 300 Veranstaltungen im In- und Ausland auf kultureller, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene ergänzt. »Panels und Bankette, nicht viel mehr«, meinte ein sachkundiger Beobachter in Warschau. Doch wie bewerten die Wähler die Bilanz von Tusk und seiner Regierung?

Eher negatives Echo bei den Bürgern

Glaubt man den Ergebnissen der neuesten *Diagnoza Społeczna* (eine Untersuchung auf der Basis von Umfragen, die alle zwei Jahre unter Federführung des renommierten Warschauer Soziologen Janusz Czapiński durchgeführt wird), dann waren die Polen, allgemein betrachtet, noch nie so zufrieden wie heute. Die Untersuchung ergab aber auch, dass die Bürger vor allem stolz auf ihre eigenen Leistungen als Individuen und im Rahmen ihrer Familien sind: am Arbeitsplatz, bei der Erziehung und Ausbildung der Kinder, bei der Verbesserung des eigenen Lebensstandards, bei der Gesundheitsvorsorge. Vieles, so die Meinung von 65 Prozent der Befragten, habe man ohne die Unterstützung staatlicher Institutionen erreicht.

Letzteres ist allerdings keine neue Erkenntnis. Es hat Tradition, dass der Staat und die Regierenden bei den Polen nicht gut angesehen sind. Die große Mehrheit der Bürger hält die parlamentarische Republik und den Rechtsaat für das bestmögliche System, traut aber den Regierenden, egal welcher Couleur, nicht viel zu. So hatte es auch nur bedingt etwas mit den realen Ergebnissen der Arbeit des Kabinetts von Donald Tusk zu tun, wenn im Rahmen einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts CBOS, die im Juni 2011 veröffentlicht wurde, nur 34 Prozent mit der Arbeit der Regierung zufrieden waren, während 53 Prozent ihre Unzufriedenheit äußerten und 13 Prozent keine Meinung hatten. Die Kritik der Befragten bezog sich vor allem auf die

Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Bei einer Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts OBOP vom August 2011 bekundeten nur noch 29 Prozent der Befragten Zufriedenheit, während 61 Prozent scharfe Kritik äußerten. Allerdings waren die Umfrageergebnisse früherer Regierungen gegen Ende ihrer Amtszeit zum Teil noch schlechter.

Besonders hart traf es Regierungschef Donald Tusk. Nach einer Untersuchung von CBOS, die im Juli 2011 veröffentlicht wurde, waren es im Juni dieses Jahres nur noch 30 Prozent der Befragten, die meinten, Tusk kümmere sich um die Probleme der »gewöhnlichen Bürger«, während es im Mai 2008 noch 51 Prozent waren. 52 Prozent betonten, er habe vorrangig seine eigene politische Karriere, nicht aber den Fortschritt des Landes im Blick, während damals nur 33 Prozent diese Meinung geäußert hatten. Und nur 28 Prozent erklärten, er führe die Regierungsgeschäfte gut (im Mai 2008 51 Prozent). Immerhin hielt die große Mehrheit der Befragten Tusk weiterhin für einen sympathischen, intelligenten, dynamischen und gut auftretenden Politiker.

Bürgerplattform vor einem erneuten Wahlsieg?

Auf einem anderen Blatt steht die Entwicklung der Parteipräferenzen der Bürger. In allen Umfragen seit dem Amtsantritt von Tusk Ende 2007 lag seine *Bürgerplattform* weit vor der Partei *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński. Mal betrug der Abstand mehr als 20 Prozent, mal weniger. Die Sozialdemokraten der *SLD* sind nach einem zwischenzeitlichen Hoch von 16 Prozent inzwischen wieder bei Werten um 10 Prozent angelangt. Die mitregierende *Polnische Bauernpartei* schwankt um 5 Prozent. Bei der letzten CBOS-Umfrage, veröffentlicht im Juli 2011, kamen die *PO* auf 38 Prozent, *PiS* auf 17 Prozent, *SLD* auf 9 Prozent und *PSL* auf 4 Prozent. Die Zahl der unentschlossenen Wähler lag immerhin bei 27 Prozent. Wahlforscher wiesen außerdem darauf hin, dass die Stammwählerschaft der *PO* lediglich bei etwa 25 Prozent liege, während die Umfrageergebnisse der anderen Parteien der Größe ihrer jeweiligen Stammwählerschaft näher komme. Die *PO*, so hieß es, profitiere nicht nur von ihrem eigenen Auftreten, sondern auch vom »exotischen Habitus« von *PiS*. Kein Wunder also, wenn *PO*-Vize Grzegorz Schetyna meinte, man dürfe sich nicht von den Umfragen blenden lassen. In Wirklichkeit, so der Sejmarschall, liege seine Partei nur um einige wenige Prozente vor *PiS*.

Einmal mehr bestätigte sich auch die alte Erkenntnis, dass Neugründungen, wenn überhaupt, nur schwer Fuß fassen. So spielte die *PiS*-Abspaltung *Polen ist das Wichtigste (Polska Jest Najważniejsza – PJN)* in den Umfragen der letzten Monate kaum eine Rolle. Der schon erwähnte

Warschauer Soziologe Janusz Czapinski vertritt die Auffassung, dass die hauptsächliche Rivalität vor der Parlamentswahl im Oktober zwischen *PO* und *SLD* sowie zwischen *PiS* und *PSL* ausgetragen werde und beweist dies anhand bestimmter Haltungen der jeweiligen Wählerschaft zu Themen wie Kirche, Nation, Landwirtschaft und Sexualverhalten.

So zeichnet sich ab, dass die *Bürgerplattform* vermutlich auch die nächste Parlamentswahl gewinnen wird. Sie wäre die erste Partei seit 1989, der das gelingt würde. Andererseits ist aber nicht absehbar, ob sie dann auch eine Regierung bilden kann, und wenn ja, mit welcher Partei. Je nach ihrem Wahlergebnis könnten *SLD* und *PSL* das Zünglein an der Waage spielen. Auch wenn es

zwischendurch einige Annäherungsversuche gab, scheint eine Koalition aus *PiS* und *SLD* eher ausgeschlossen. Aber auch Tusk und seine *Bürgerplattform* trauen der *SLD* nicht über den Weg. In der *PO* wiederum gibt es zwei Strömungen, was die Prioritäten im Wahlkampf angeht. Während eine Minderheit, die sich vor allem an Tusks Berater Michał Boni orientiert, die Partei stärker als Kraft der Reformen und der Modernisierung profilieren will, hält es die Mehrheit, deren profilierteste Köpfe Finanzminister Jacek Rostowski sowie der frühere Ministerpräsident und Bankmanager Jan Krzysztof Bielecki sind, eher mit der Devise, dass auch weiterhin Pragmatismus walten müsse.

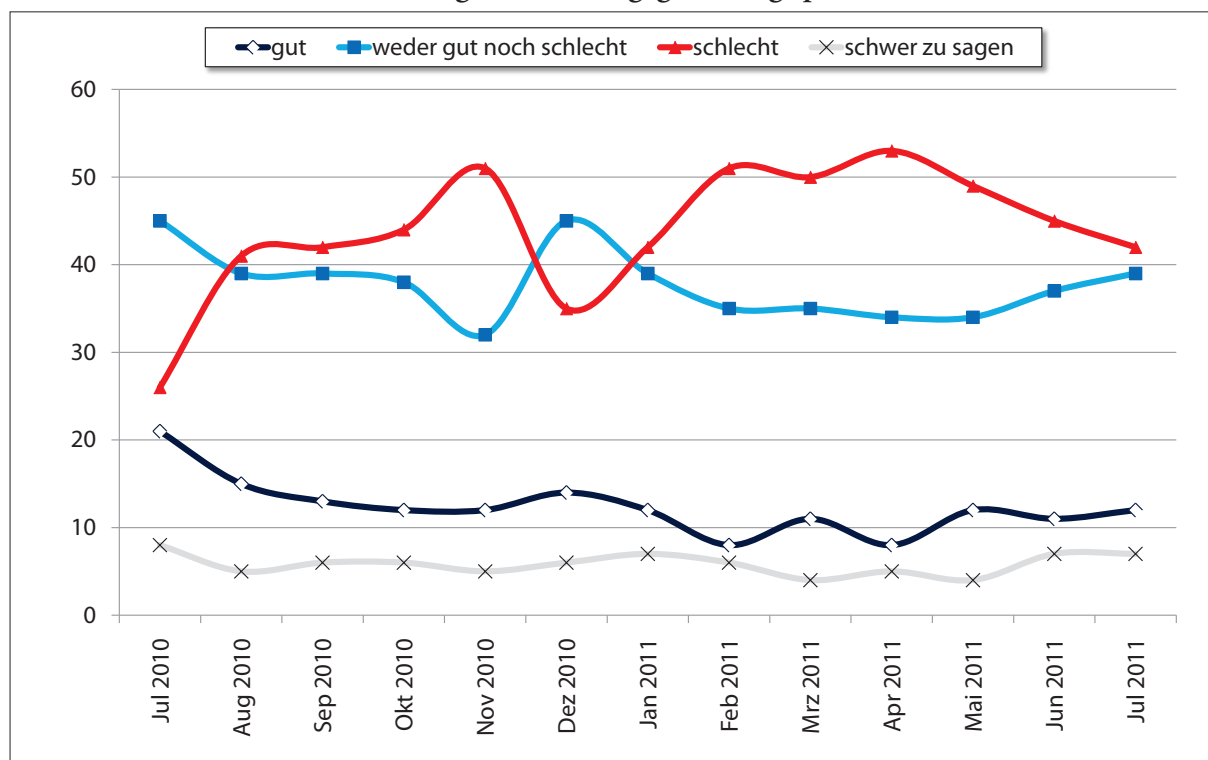
Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politikwissenschaftler, lebt als freier Publizist in Warschau und Berlin.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

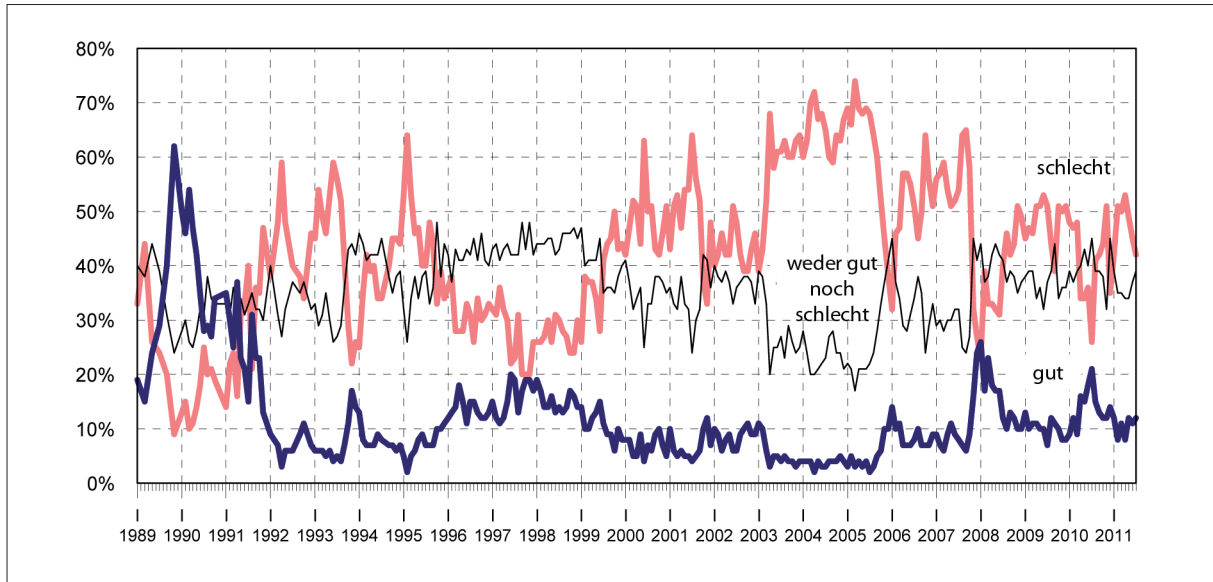
Einstellungen zur Politik im Wahljahr

Grafik 1: Wie beurteilen Sie im Allgemeinen die gegenwärtige politische Situation in Polen? (%)



Quelle: CBOS, BS/85/2011: *Nastroje społeczne w lipcu* [Die gesellschaftliche Stimmung im Juli]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

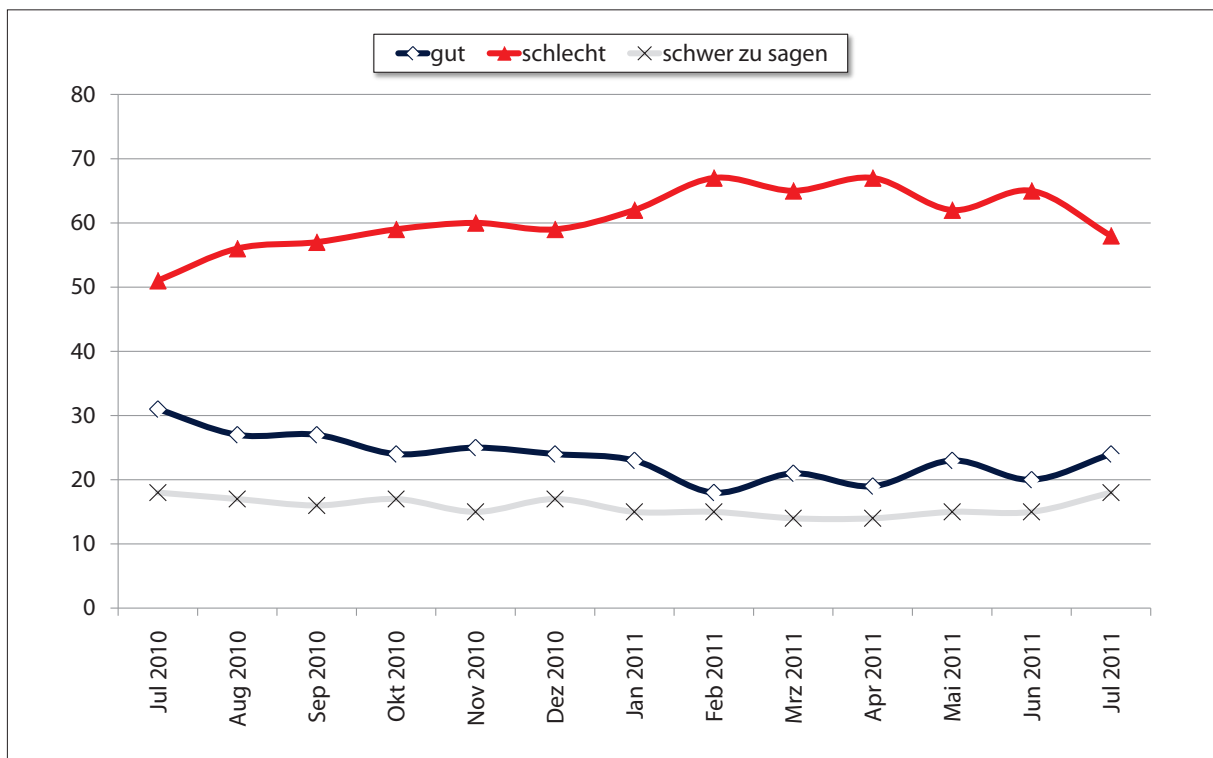
Grafik 2: Wie beurteilen Sie im Allgemeinen die gegenwärtige politische Situation in Polen? (1989–2011)



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde nicht berücksichtigt.

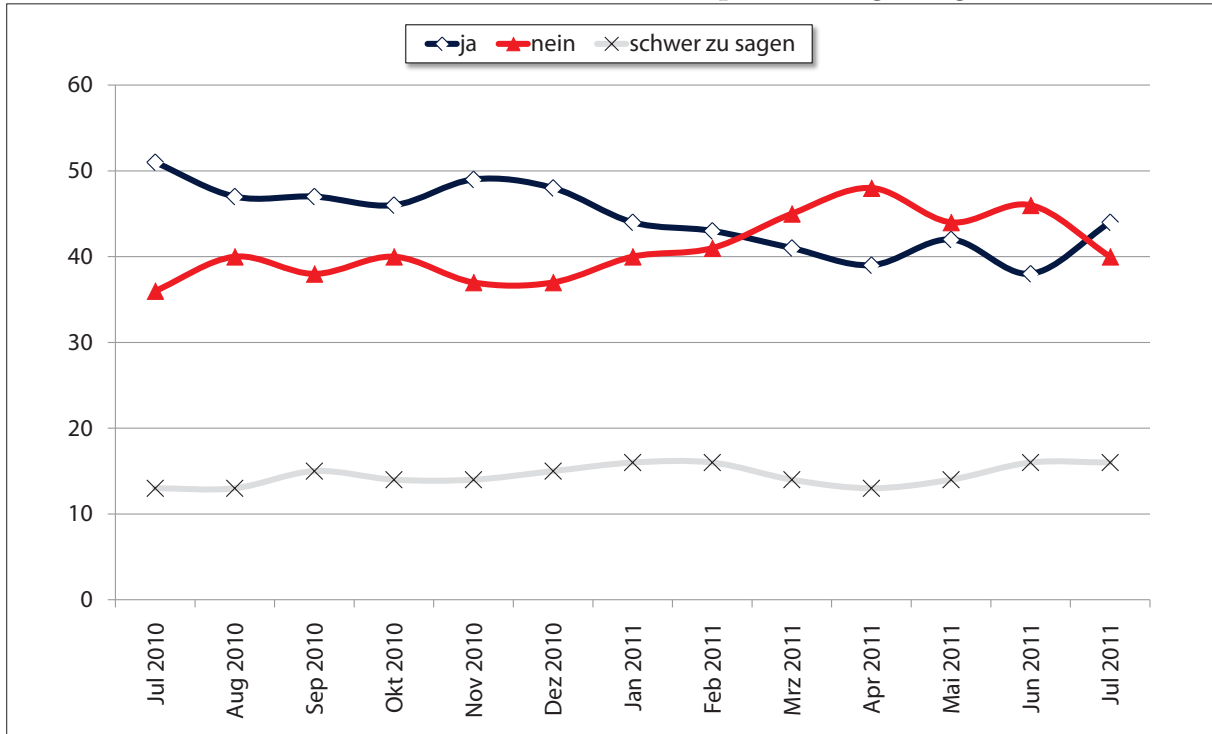
Quelle: CBOS, BS/85/2011: *Nastroje społeczne w lipcu* [Die gesellschaftliche Stimmung im Juli]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Grafik 3: Wie beurteilen Sie die Tätigkeit des Parlaments? (%)



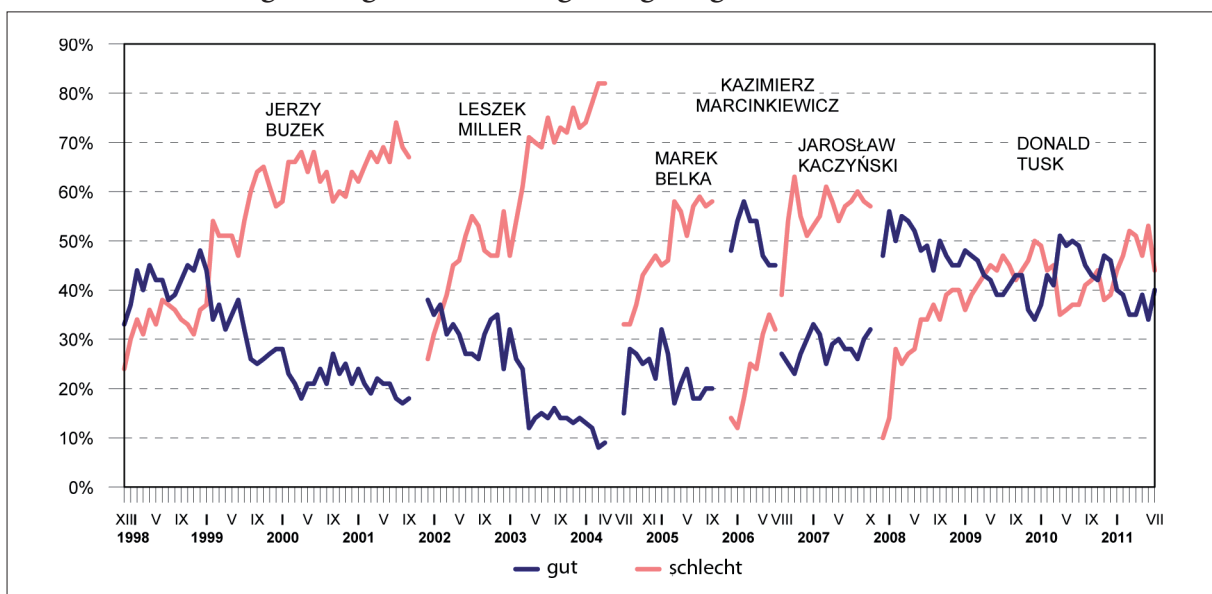
Quelle: CBOS, BS/82/2011: *Oceny działalności parlamentu i prezydenta* [Beurteilung der Tätigkeit der Regierung und des Staatspräsidenten]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Grafik 4: Sind Sie zufrieden, dass Donald Tusk an der Spitze der Regierung steht? (%)



Quelle: CBOS, BS/86/2011: Stosunek do rządu [Das Verhältnis zur Regierung]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

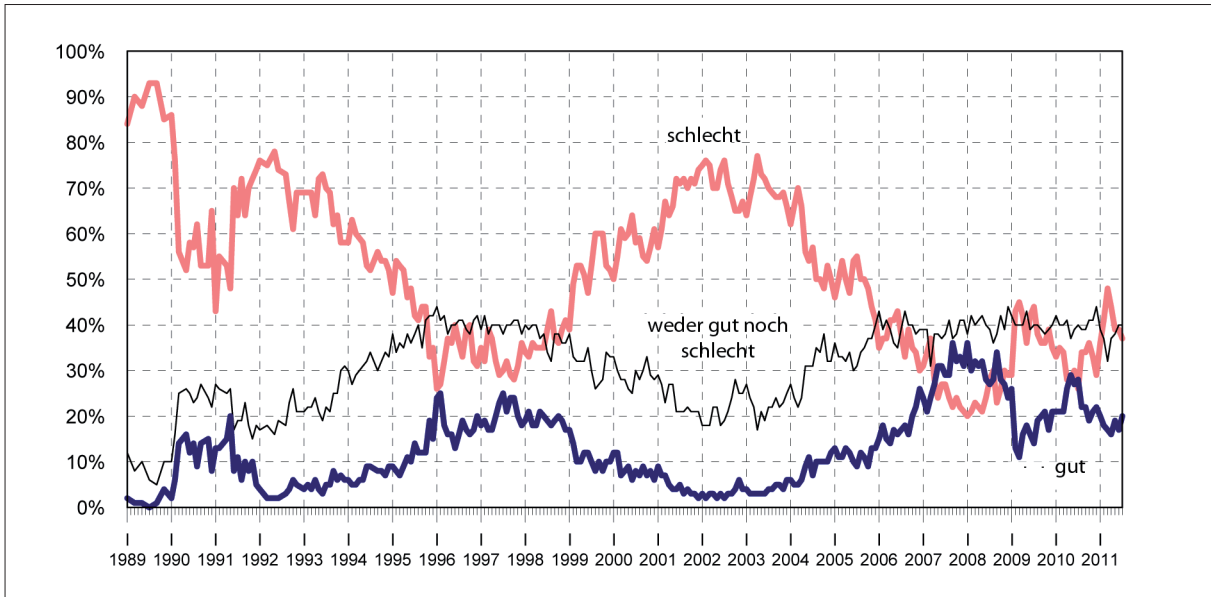
Grafik 5: Bewertung der Ergebnisse der Regierungstätigkeit unter... (1998–2011)



Anm.: Die Antwort »schwer zu sagen« wurde nicht berücksichtigt.

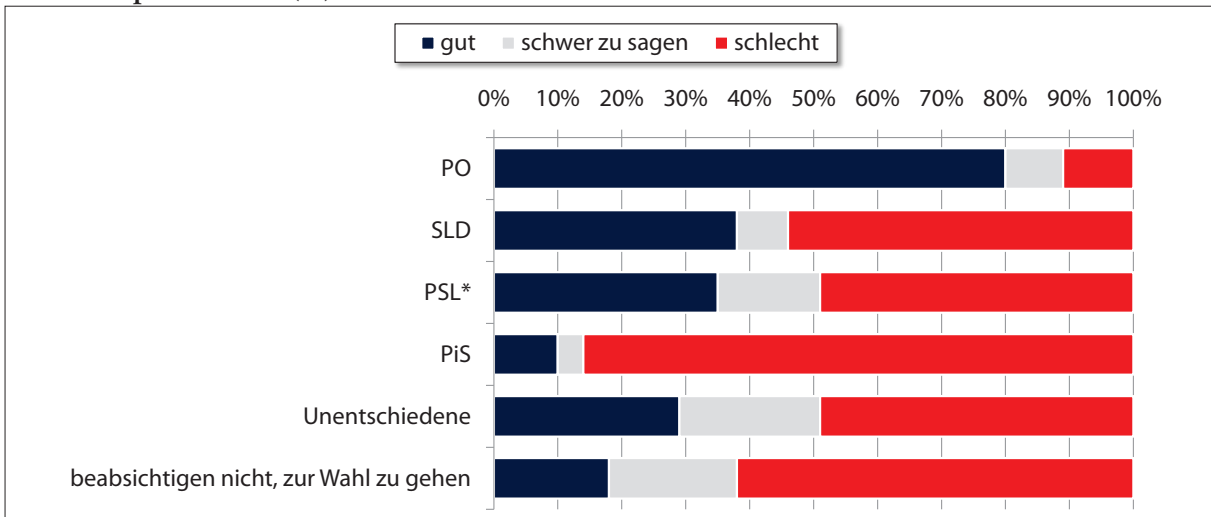
Quelle: CBOS, BS/86/2011: Stosunek do rządu [Das Verhältnis zur Regierung]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Grafik 6: Wie beurteilen Sie im Allgemeinen die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in Polen? (1989–2011)



Quelle: CBOS, BS/85/2011: *Nastroje społeczne w lipcu* [Die gesellschaftliche Stimmung im Juli]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Grafik 7: Die Beurteilung der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen Regierung nach Parteipräferenzen (%)



*Aufgrund der geringen Anzahl an PSL-Anhängern in der Umfrage, müsse diese Angaben vorsichtig interpretiert werden.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

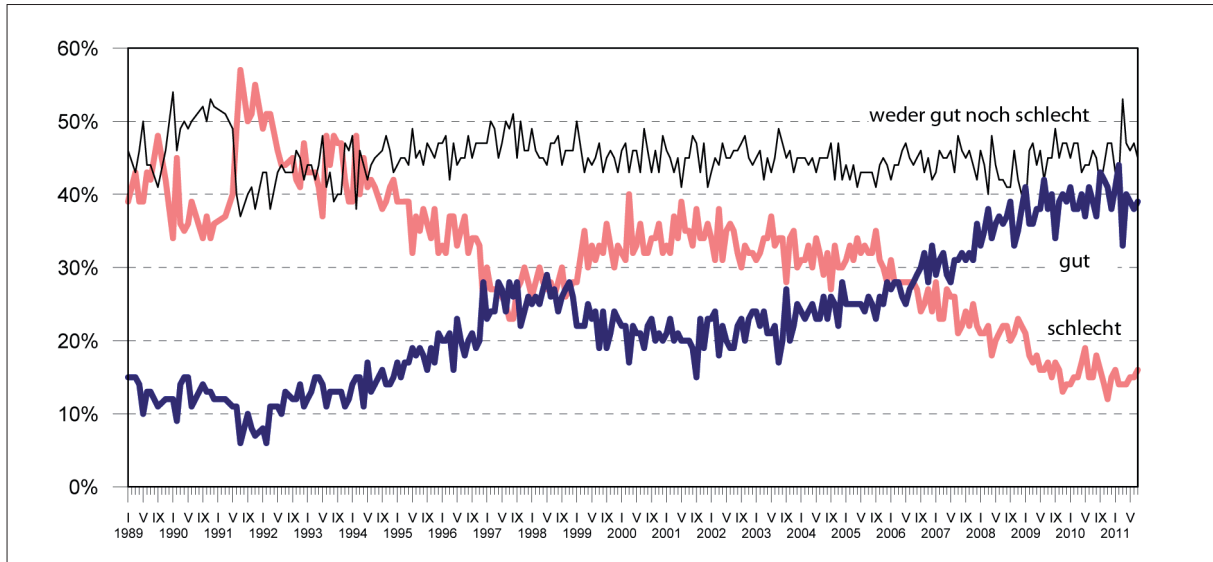
SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

Quelle: CBOS, BS/86/2011: *Stosunek do rządu* [Das Verhältnis zur Regierung]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

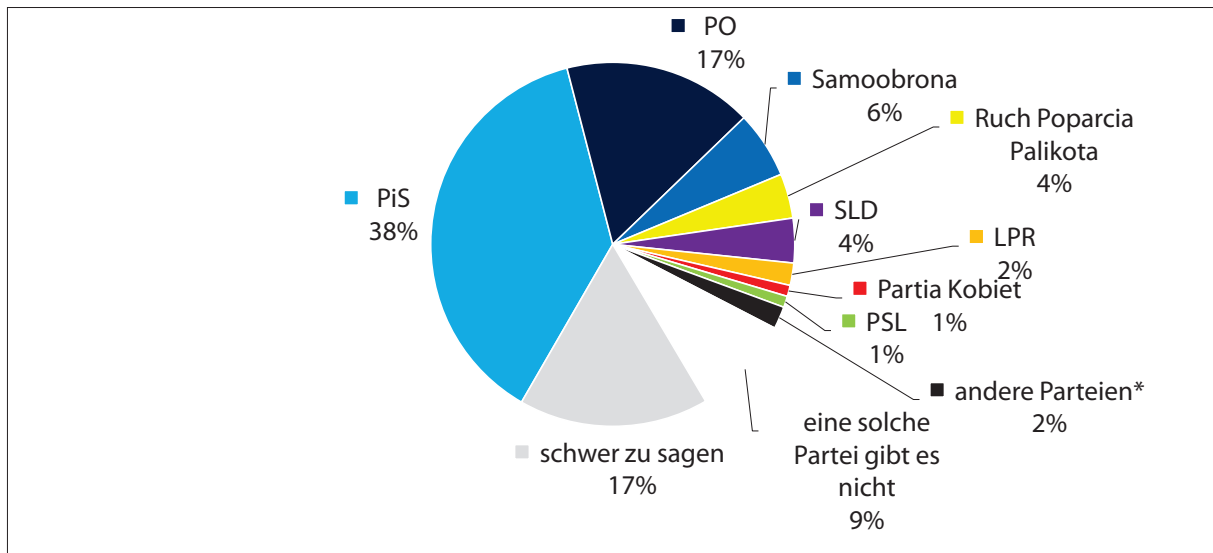
Grafik 8: Wie beurteilen Sie die aktuellen materiellen Bedingungen Ihres Haushalts? (1989–2011)



Anm.: Bis März 2009 lautete die Frage: »Wie beurteilen Sie Ihre (Ihrer Familie) gegenwärtigen materiellen Bedingungen?« Die mittlere Bewertungskategorie lautete »mitteldurchschnittlich«.

Quelle: CBOS, BS/85/2011: *Nastroje społeczne w lipcu* [Die gesellschaftliche Stimmung im Juli]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Grafik 9: Den Wahlsieg welcher Partei würden Sie am stärksten fürchten?



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; Samoobrona/Selbstverteidigung; Ruch Poparcia Palikota/Bewegung zur Unterstützung Palikots; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; LPR – Liga Polskich Rodzin/Liga der polnischen Familien; Partia Kobiet/Frauenpartei; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; * andere Parteien: unter diese Kategorie fallen die Parteien, die weniger als 0,5 % der Befragten genannt haben: PD – Partia Demokratyczna/Demokratische Partei; PJN – Polska Jest Najważniejsza/Polen ist das Wichtigste; Prawica Rzeczypospolitej/Rechte der Republik; SdPl – Socjaldemokracja Polska/Polnische Sozialdemokratie; UPR – Unia Polityki Realnej/Union für Realpolitik; UP – Unia Pracy/Arbeitsunion.

Quelle: CBOS, BS/87/2011: *Oczekiwania i motywacje wyborcze Polaków* [Erwartungen und Beweggründe der Polen hinsichtlich der Wahlen]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Tabelle 1: Bitte wählen Sie aus jedem Aussagespaar diejenige Aussage aus, die Ihrer Meinung nach Donald Tusk am besten charakterisiert.

	Mai 2008	Juni 2011
Er ist sympathisch.	78 %	65 %
Er ist nicht sympathisch.	14 %	23 %
Er ist intelligent.	73 %	62 %
Er zeichnet sich nicht durch Intelligenz aus.	19 %	29 %
Er sieht gut aus und präsentiert sich gut.	75 %	61 %
Er sieht nicht gut aus und präsentiert sich nicht gut.	14 %	20 %
Er ist energisch und dynamisch.	65 %	61 %
Er ist zu langsam, zu wenig dynamisch.	21 %	28 %
Er kann Menschen von seinen Anliegen überzeugen.	64 %	49 %
Er kann Menschen nicht von seinen Anliegen überzeugen.	19 %	33 %
Er kann gut mit anderen zusammenarbeiten.	65 %	48 %
Er kann nicht gut mit anderen zusammenarbeiten.	16 %	26 %
Er ist fleißig und widmet seinen Pflichten viel Zeit und Energie.	69 %	47 %
Er ist recht faul, er arbeitet nicht so intensiv wie er sollte.	11 %	24 %
Er ist kompetent; er kennt sich mit dem aus, was er macht.	60 %	45 %
Er ist nicht kompetent; er besitzt nicht das erforderliche Wissen und Können.	21 %	33 %
Er ist entschieden, er weiß, was er will.	57 %	37 %
Er ist unentschieden und ändert zu leicht seine Meinung.	28 %	45 %
Er stellt sich den wichtigsten Problemen und hat keine Angst vor schwierigen Entscheidungen.	50 %	33 %
Er entzieht sich der Lösung der wichtigsten Probleme und ist nicht in der Lage, schwierige Entscheidungen zu treffen.	33 %	49 %

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Bitte wählen Sie aus jedem Aussagepaar diejenige Aussage aus, die Ihrer Meinung nach Donald Tusk am besten charakterisiert. (Fortsetzung)

	Mai 2008	Juni 2011
Er versteht die Probleme der gewöhnlichen Bürger, er kümmert sich um ihre Situation.	51 %	30 %
Er kümmert sich nicht um die Situation der gewöhnlichen Bürger.	32 %	49 %
Die Funktion des Ministerpräsidenten versteht er vor allem als Dienst am Land.	52 %	30 %
Mehr als um das Wohl des Landes kümmert er sich um sein eigenes Image und seine politische Karriere.	33 %	52 %
Er redet konkret und verantwortungsvoll.	49 %	30 %
Er redet unklar, vermeidet Konkretes.	38 %	60 %
Er führt die Regierungsgeschäfte gut.	51 %	28 %
Er hat nicht unter Kontrolle, was die einzelnen Minister machen.	31 %	49 %
Er ist konsequent und entschieden bei der Umsetzung seiner Ziele.	48 %	28 %
Er ist nicht fähig, das zu Ende zu bringen, was er begonnen hat.	32 %	53 %
Er orientiert sich vor allem am Wohl des Landes.	52 %	26 %
Er kümmert sich vor allem um die Interessen seiner Partei.	32 %	55 %
Auf sein Wort ist Verlass. Wenn er etwas verspricht, ist klar, dass er es erreichen wird.	35 %	17 %
Auf sein Wort ist kein Verlass, er verspricht viel und macht wenig.	42 %	65 %

Anm.: Nicht berücksichtigt wurden die Antworten »weder – noch« und »schwer zu sagen«.

Quelle: CBOS, BS/83/2011: Portret Donalda Tuska po ponad trzech latach sprawowania urzędu premiera [Ein Porträt Donald Tusks nach über dreijähriger Amtsausübung als Ministerpräsident]. Warszawa, 07/2011. www.cbos.pl

Vom 5. Juli bis zum 5. September 2011

05.07.2011	Catherine Ashton, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, begrüßt die Nominierung von General Andrzej Tyszkiewicz für das Amt des Chefs der Beobachtermission der EU in Georgien (European Union Monitoring Mission – EUMM). Tyszkiewicz stand u. a. an der Spitze der multinationalen Truppe zur Verwaltung des Gebietes »Zentraler Süden« im Irak.
06.07.2011	Ministerpräsident Donald Tusk stellt im Europäischen Parlament die Prioritäten der sechsmonatigen EU-Ratspräsidentschaft Polens vor, die am 1. Juli begonnen hat. Die drei Prioritäten lauten: »Europäische Integration als Quelle des Wachstums«, »Sicheres Europa« (Nahrung, Energie, Verteidigung) und »Europa profitiert von seiner Öffnung« (Ukraine u. a.). Tusk betont die Bedeutung der internationalen Solidarität für die Überwindung der Wirtschaftskrise.
07.07.2011	In Zoppot beginnt ein informelles Treffen der Arbeitsminister der EU-Mitgliedsländer. Thematisiert werden der demographische Wandel in Europa und eine effektivere Arbeitsvermittlung.
09.07.2011	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Jarosław Kaczyński spricht sich auf dem Kongress der Konservativen Frauen (Kongres Kobiet Prawicy) in Warschau dafür aus, neue Gesetze zur Ahndung von Vergewaltigungen und sexuellem Missbrauch zu verabschieden bzw. die bestehenden konsequenter anzuwenden. Darüber hinaus sollten Bildungsangebote für ältere Frauen (z. B. »Universität des dritten Lebensalters«) ausgebaut, die Anzahl von Krippenplätzen vergrößert und der Mutterschaftsurlaub verlängert werden.
10.07.2011	Die Berater des Staatspräsidenten, der ehemalige Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Tomasz Nałęcz, Professor für Geschichte, nehmen an der Gedenkfeier aus Anlass des 70. Jahrestages der Ermordung von Juden durch polnische Bewohner in Jedwabne (Nordostpolen) während des Zweiten Weltkriegs teil. Mazowiecki verliest einen Brief von Staatspräsident Bronisław Komorowski, in dem er um Vergebung für die Tat bittet und ausführt, dass Jedwabne nicht nur für ein Drama des Zweiten Weltkriegs steht, sondern auch für das kollektive Gedächtnis der Polen Bedeutung hat. Die polnische Nation müsse verstehen, dass sie auch Täter war. Der Krieg erkläre die Umstände der Ermordung, rechtfertige sie aber in keiner Weise.
12.07.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski nimmt den Bericht des Landesrundfunk- und -fernsehrates (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) für das Jahr 2010 an. Vorher hatten sowohl der Sejm als auch der Senat den Bericht abgelehnt. Komorowski begründet seine Entscheidung damit, dass eine Neuwahl des KRRiT während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen im Herbst zu Instabilität in den öffentlichen Medien führen könne. Darüber hinaus betreffe der Berichtszeitraum eine personelle Besetzung des Rates, die inzwischen nicht mehr aktuell ist. Es sei nicht logisch, dass der Rat in der gegenwärtigen Besetzung für seine Vorgänger verantwortlich gemacht werden und aufgelöst werden soll.
12.07.2011	Senatsmarschall Bogdan Borusewicz reist zu einem dreitägigen Besuch nach Ägypten, wo er sich u. a. mit Ministerpräsident Essam Sharaf und Außenminister Mohammed el Urabi treffen wird. Polen will Ägypten seine Erfahrungen mit dem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und einer wirtschaftlichen Transformation zur Verfügung stellen. Begleitet wird Borusewicz vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, Andrzej Halicki, dem Vorsitzenden des EU-Ausschusses des Senats, Edmund Wittbrodt, und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Nationale Sicherheit des Senats, Maciej Klima.
14.07.2011	In Bełchatów (Woiwodschaft Lodz) treffen sich die Generaldirektoren für Energie der EU-Mitgliedsländer und der Generaldirektor für Energie der Europäischen Kommission, Philip Lowe. Hauptthema ist nach Angaben des polnischen stellvertretenden Wirtschaftsministers Marcin Korolec der emissionsarme Energieverbrauch bis 2050 und die Entwicklung und Förderung entsprechender Technologien. Korolec unterstreicht dabei, dass Kohle langfristig weiterhin eine der wesentlichen Energiequellen sein werde.
15.07.2011	Sejmmarschall Grzegorz Schetyna (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) spricht sich für eine Debatte über den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses zum Tod von Barbara Blida, Abgeordnete der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), im Jahr 2007 aus. Der Bericht war im Juni veröffentlicht worden. Demnach sei Blida bei der Festnahme im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen durch einen Schuss der Sicherheitskräfte getötet worden, wofür der damalige Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und der damalige Justizminister Zbigniew Ziobro vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung gezogen werden müssten.

17.07.2011	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki nimmt Stellung zu einem offenen Brief des Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Jarosław Kaczyński an Ministerpräsident Donald Tusk, in dem Kaczyński Sawickis Landwirtschaftspolitik in Hinblick auf die Situation der polnischen Bauern heftig kritisiert. Sawicki weist unter anderem darauf hin, dass es in der Europäischen Union gelte, sich von nationalen Egoisten zu lösen und neue Regeln für die Zuteilung von EU-Geldern aufzustellen.
18.07.2011	Vertreter der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – NSZZ Solidarność) legen Sejm marschall Grzegorz Schetyna einen so genannten bürgerschaftlichen Gesetzesentwurf (obywatelski projekt ustawy) zum Mindestlohn vor. Der Entwurf sieht vor, den Anstieg des Mindestlohns an den Anstieg des Bruttoinlandsprodukts zu koppeln. Der Mindestlohn sollte 50 % des Durchschnittslohns betragen.
19.07.2011	Die Regierung verabschiedet einen Gesetzesentwurf zur Entwicklungshilfe. Dieser sieht vor, dass die Hilfsprojekte künftig mehrere Jahre dauern können, dass die Mittel für Entwicklungs- und humanitäre Hilfe künftig von den Mitteln zur Förderung der Demokratie in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion getrennt werden und dass die Aufsicht für alle Hilfsprojekte künftig beim Außenministerium liegen wird. Der Gesetzesentwurf wird dem Sejm weitergeleitet.
20.07.2011	Das Verfassungsgericht verkündet sein Urteil zum Wahlgesetz. Demnach sind zweitägige Wahlen sowie das Verbot von großformatiger Plakatwerbung und das Verbot von kostenpflichtigen Wahlwerbespots in Rundfunk und Fernsehen nicht verfassungsgemäß.
22.07.2011	Ministerpräsident Donald Tusk bekräftigt, dass der abschließende Untersuchungsbericht zur Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 den Angehörigen der Opfer nicht vor seiner offiziellen Publikation zugänglich sein wird. Es solle damit verhindert werden, dass bereits vor der Interpretation des Berichtes durch Experten seine Kommentierung einsetzt.
25.07.2011	Auf einem Treffen der Vorsitzenden der parlamentarischen Wirtschaftsausschüsse der EU-Mitgliedsländer sowie der EU-Beitrittskandidaten in Warschau unterstreicht Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak, dass die Grundlage für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen der nationalen Souveränität und der europäischen Integration das Prinzip der Subsidiarität sei. Dies sei auch der Schlüssel zum Erfolg für einen einheitlichen europäischen Markt. Aufgrund zahlreicher Barrieren beispielsweise für Unternehmen und im Bereich von Beschäftigungsverhältnissen sei das Potential des Binnenmarktes der EU noch nicht ausgeschöpft.
25.07.2011	Auf seiner sechstägigen Kaukasusreise ruft Staatspräsident Bronisław Komorowski auf einem polnisch-aserbaidschanischen Wirtschaftsforum in Baku dazu auf, Möglichkeiten für eine bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit auch außerhalb des Brennstoffsektors zu suchen. Er zähle dabei auf das Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen in Polen.
26.07.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski spricht sich bei einem Treffen mit dem georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili für den Beginn der Verhandlungen über den Beitritt Georgiens zur Freihandelszone aus. Polen wolle sich dafür einsetzen, dass dies noch während der laufenden polnischen EU-Ratspräsidentschaft geschehe, um die europäische Integration Georgiens zu befördern.
28.07.2011	Auf einer Pressekonferenz mit dem armenischen Präsidenten Sersch Sargsjan in der armenischen Hauptstadt Eriwan spricht sich Staatspräsident Bronisław Komorowski dafür aus, bei der Problematik von Berg-Karabach zwei Grundsätze zu achten, die territoriale Integrität und die nationale Selbstbestimmung. Dies sei eine Erfahrung aus der polnischen Geschichte.
29.07.2011	Die Ergebnisse des Untersuchungsberichts zur Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010, der von einer Kommission unter dem Vorsitz von Jerzy Miller erarbeitet wurde, werden bekanntgegeben. Ursache für das Unglück seien Fehler der polnischen Besatzung des Flugzeugs, der schlechte Zustand des Flughafens in Smolensk und Fehler der russischen Flugsicherheit.
29.07.2011	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt das Rücktrittsgesuch vom Vortag von Verteidigungsminister Bogdan Klich im Zusammenhang mit dem Untersuchungsbericht zur Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 an.
01.08.2011	In Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten zum 67. Jahrestags des Beginns des Warschauer Aufstands gegen die deutschen Besatzer statt. Der Aufstand dauerte 63 Tage.
02.08.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski ernennt Tomasz Siemoniak zum neuen Verteidigungsminister, nachdem Bogdan Klich in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Untersuchungsbericht zur Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 von seinem Amt zurückgetreten war.

04.08.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski gibt offiziell bekannt, dass der erste Wahlgang der Parlamentswahlen am 9. Oktober stattfinden wird. Mit der Bekanntmachung beginnt formal der Wahlkampf.
05.08.2011	Der Vorsitzende der Bauernpartei Selbstverteidigung (Samoobrona) und ehemalige Landwirtschaftsminister und Vize-Ministerpräsident Andrzej Lepper (2006–2007) nimmt sich im Alter von 57 Jahren in Warschau das Leben.
05.08.2011	In einer Stellungnahme zeigt sich das polnische Außenministerium beunruhigt über die Festnahme der ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidentin Julia Timoschenko in Kiew und verurteilt diese als voreilig und zu drastisch. Als gegenwärtiger Ratsvorsitzender der Europäischen Union werde Polen in dieser Angelegenheit das Gespräch mit EU-Partnern sowie der ukrainischen Seite aufnehmen. Timoschenko wird Amtsmissbrauch vorgeworfen.
07.08.2011	In Waldenburg (Wałbrzych) gewinnt der Interimsstadtpräsident, der unabhängige, von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) unterstützte Kandidat Roman Szelemej, die Wahl zum Stadtpräsidenten. Die Wahl des PO-Kandidaten im Oktober 2010 war wegen Wahlkorruption für ungültig erklärt worden.
08.08.2011	Das Justizministerium bestätigt den Eingang des Schreibens der Bürgerrechtsbeauftragten Irena Lipowicz, in dem eine gesetzliche Neuregelung für den formalen Eintrag von Geschlechtsumwandlungen angeregt wird. Dazu solle nicht die operative Geschlechtsumwandlung erforderlich sein.
09.08.2011	Der Vorsitzende von Polen ist das Wichtigste (Polska Jest Najważniejsza – PJN) Paweł Kowal appelliert an die Regierung, in Anbetracht der bevorstehenden Parlamentswahlen im Oktober den Kabinettsrat einzuberufen, um die Situation der öffentlichen Finanzen zu erörtern. Dazu sollten auch Experten eingeladen werden, die der Regierung kritisch gegenüberstünden, wie Leszek Balcerowicz (ehemaliger Finanzminister im Transformationsprozess) und Krzysztof Rybiński (ehemaliger Vizevorsitzender der Polnischen Nationalbank), so Kowal.
10.08.2011	Das Finanzministerium verkauft Staatsanleihen in einem Gesamtwert von 5 Mrd. Zloty (zirka 1,2 Mrd. Euro) sowie weitere Papiere im Wert von 1 Mrd. Zloty (zirka 0,24 Mrd. Euro). Ministerpräsident Donald Tusk sieht darin eine Bestätigung der sicheren finanziellen Position Polens. Polen werde als vorhersehbar und als zahlungsfähiger Staat eingestuft.
12.08.2011	Außenminister Radosław Sikorski entschuldigt sich im Namen Polens dafür, dass die polnische Generalstaatsanwaltschaft trotz Warnungen seines Ministeriums belarussischen Untersuchungsbehörden Informationen über Bankdaten des belarussischen Oppositionellen und Vorsitzenden des belarussischen Zentrums für Menschenrechte, Ales Bialacki, übermittelt hat. Nach Angaben der belarussischen Nichtregierungsorganisation habe dies zur Verhaftung Bialackis beigetragen.
12.08.2011	Ministerpräsident Donald Tusk äußert scharfe Kritik an der Generalstaatsanwaltschaft, die den belarussischen Untersuchungsbehörden Bankdaten des belarussischen Oppositionellen Ales Bialacki übermittelt hat, was zu dessen Verhaftung beigetragen hat. Er erwarte schnelle und harte Konsequenzen, so Tusk.
14.08.2011	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) stellt ihr Programm zur »Nationalen Verteidigung« vor. Dies beinhaltet u. a. eine Armee von mindestens 100.000 Personen, Verteidigungsausgaben in Höhe von 1,95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, den Ausbau der Marine und Gehaltserhöhungen für die Soldaten. Der Vorsitzende des Sejmausschusses für Nationale Verteidigung Stanisław Wziątek (SLD) appelliert an alle politischen Gruppierungen, für den neuen Verteidigungsminister Tomasz Siemioniak noch vor den Parlamentswahlen im Oktober gemeinsame Empfehlungen für die Verbesserung der Situation der Armee auszuarbeiten.
15.08.2011	In seiner Rede aus Anlass des Feiertags der Polnischen Armee sagt Staatspräsident Bronisław Komorowski, dass das Flugzeugunglück von Smolensk im April 2010 wesentliche Schwächen des Führungssystems der Streitkräfte offenbart habe. Notwendig sei daher eine Reformierung des Führungssystems sowie der Ausbildung.
16.08.2011	Als Konsequenz aus der Übermittlung von Informationen der polnischen Generalstaatsanwaltschaft an die belarussischen Untersuchungsbehörden, die zur Verhaftung des belarussischen Oppositionellen Ales Bialacki beigetragen hatte, gibt Generalstaatsanwalt Andrzej Seremet den Rücktritt des Chefs der Abteilung für Internationale Zusammenarbeit der Generalstaatsanwaltschaft, Krzysztof Karsznicki, bekannt sowie die Abberufung seiner Stellvertreterin, Anna Wiśniewska. Gegen einen Sachbearbeiter wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.
17.08.2011	Nach einem 24-stündigen Streik der Gesellschaft der Regionalbahnen (Przewozy Regionalne) in ganz Polen einigen sich die Gewerkschaft und der Vorstand der Regionalbahnen über Gehaltserhöhungen. Darüber hinaus sollen Gespräche mit Infrastrukturminister Cezary Grabarczyk über die Reform der Gesellschaft der Regionalbahnen stattfinden.

18.08.2011	Finanzminister Jacek Rostowski bewertet die Ergebnisse des Treffens von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy zur eventuellen Gründung einer europäischen Wirtschaftsregierung der Euro-Länder als sehr enttäuschend. Das Treffen habe nichts Neues ergeben. Die Länder der Eurozone kämen im Rahmen der bestehenden Zusammenarbeit mit den gegenwärtigen Turbulenzen nicht zurecht, daher sei eine stärkere Integration notwendig, so Rostowski.
19.08.2011	Nach Einschätzung von Ministerpräsident Donald Tusk sind die Ergebnisse des Gesprächs zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy über eine gemeinsame Wirtschaftsregierung der 17 Euro-Länder, deren Kompetenzen noch nicht benannt wurden, nicht ausreichend. Er habe härtere Entscheidungen erwartet und Maßnahmen, die die Mitglieder der Eurozone tatsächlich disziplinieren, so Tusk vor dem Sejm.
20.08.2011	Auf dem Parteitag von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), der unter dem Motto »Gemeinsam für Polen« (Wspólnie dla Polski) steht, unterzeichnet der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński eine Erklärung über Zusammenarbeit im Wahlkampf mit zirka 20 Mitte-Rechts-Organisationen und -Parteien. Nach Ansicht Kaczyńskis dient die gegenwärtige Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk nur wenigen Polen. Polen habe sich in den vergangenen vier Jahren nicht den Standards der reichen Staaten Westeuropas angenähert. Auch bei den demokratischen und rechtsstaatlichen Standards gebe es eine Rückwärtsbewegung. Die Regierungsmethode beruhe auf Lüge, Manipulation, dem Missbrauch der Justiz und dem Umgehen öffentlicher Debatten.
21.08.2011	Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) stellt auf einem Parteitag in Warschau zirka 800 Parteimitgliedern ihr Wahlprogramm unter dem Motto »Zukunft ohne Angst« (Jutro bez obaw) vor. Es enthält u. a. die Einberufung eines Gremiums von Politikern und Experten zur Erarbeitung einer Verfassungsreform, eine stufenweise Senkung der Mehrwertsteuer und die Anhebung des Mindestlohns sowie der Mindestrenten. Nach dem Muster des Weimarer Dreiecks soll die Zusammenarbeit zwischen Polen, Deutschland und Russland aufgebaut werden.
22.08.2011	Nach der neuesten Untersuchung des Meinungsforschungsinstitut TNS OBOP bewertet die Hälfte der Befragten die Tätigkeit von Ministerpräsident Donald Tusk negativ, 37 % beurteilen sie positiv.
23.08.2011	Justizminister Krzysztof Kwiatkowski verurteilt die Beschädigung der polnisch-litauischen Ortsschilder sowie eines Denkmals in 14 Ortschaften der Gemeinde Pusk (Nordostpolen) als schändliche Tat und kündigt eine rasche Aufklärung an. In der Gemeinde Pusk stellt die litauische Minderheit 80 % der Bevölkerung. Bei einem Treffen mit seinem litauischen Amtskollegen Remigijus Šimašius werden u. a. die polnisch-litauische Zusammenarbeit auf juristischer Ebene und die Rechte der polnischen Minderheit in Litauen thematisiert.
24.08.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski teilt mit, dass er ein Veto gegen das Gesetz über Zulassung von gentechnisch verändertem Saatgut eingelegt habe. Das Gesetz sei nicht mit dem EU-Recht vereinbar. Das Gesetz war von Politikern der Opposition, Experten und Umweltschützern als undurchdacht kritisiert worden.
25.08.2011	In Warschau eröffnet das Informationsbüro der Initiative »Solidarität mit Belarus«. Es soll eine Brücke zwischen polnischen und europäischen Journalisten und unabhängigen Strukturen in Belarus schlagen. Aufgaben sind u. a. ein Monitoring der Nachrichten aus Belarus, die Erstellung von Newsletter und die Durchführung von Veranstaltungen zur Information der europäischen öffentlichen Meinung über die Lage in Belarus. Das Büro wird aus Mitteln des polnischen Außenministeriums und ausländischer Stiftungen zur Förderung der Demokratie finanziert.
26.08.2011	In einem offenen Brief an Justizminister Krzysztof Kwiatkowski und Außenminister Radosław Sikorski beziehen sich der Vorsitzende des Vorstands des Verbands der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften (VdG) in Polen, Bernard Gaida, und der Vorsitzende der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen Bezirksvorstand Oppeln, Norbert Rasch, auf das Echo in Politik und Medien nach den Vorfällen in der Gemeinde Pusk (Nordostpolen), wo polnisch-litauische Ortsschilder sowie ein Denkmal beschädigt worden waren. Gaida und Rasch weisen auf ähnliche Fälle in der Woiwodschaft Oppeln (Województwo opolskie) hin, die sich seit einigen Jahren wiederholen. Diese Akte würden keine öffentliche Reaktion seitens des Staates nach sich ziehen, sondern würden vielmehr bagatellisiert. Diese ungleiche Art der Behandlung derartiger Vorfälle könne den gefährlichen Eindruck entstehen lassen, dass unterschiedliche Standards an die Behandlung der nationalen Minderheiten und ihrer Sprachen angelegt würden. Die zweisprachigen Schilder seien ein Zeichen für den Respekt und die Toleranz des polnischen Staates gegenüber allen Bürgern, unabhängig von der Nationalität, was die Reaktion auf ministerialer Ebene angesichts der Vorfälle in Pusk unterstrichen habe.
27.08.2011	In Breslau stellt Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf einer Wahlkampfveranstaltung ihren Wahlslogan »Die Polen haben mehr verdient« (Polacy zasługują na więcej) vor. Parteichef Jarosław Kaczyński kritisiert die Politik der aktuellen Regierung und die gegenwärtige Situation in Polen; es gebe immer weniger Gerechtigkeit, Wahrheit, Sicherheit, Ehrlichkeit und Kompetenz.

28.08.2011	Dem Chefredakteur der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza«, Adam Michnik, einer der führenden Intellektuellen der Oppositionsbewegung in der Volksrepublik Polen, wird in Weimar die Goethe-Medaille des Goethe-Instituts verliehen. Mit der Auszeichnung, die als offizielle Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland anerkannt ist, wird herausragendes Engagement für den internationalen Kulturaustausch geehrt. Der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann, hebt in seiner Laudatio hervor, dass Michnik in besonderer Weise dazu beigetragen habe, dass Polen und Deutsche wieder eine gemeinsame positive Geschichte erzählen können. Michnik setze sich als einer der herausragenden polnischen Intellektuellen und Publizisten für Freiheit und Versöhnung über die Grenzen Polens hinaus ein und habe stets als kultureller Mitteleuropäer gedacht und gehandelt.
30.08.2011	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt in Brüssel an, dass Polen bereit sei, Libyen humanitäre Hilfe zu leisten.
30.08.2011	Der Sejm stimmte gegen den Antrag der Fraktion Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) auf Abberufung des Infrastrukturministers Cezary Grabarczyk. Ihm wird vorgeworfen, keine Konzepte für den Straßenbau und für Investitionen in die Eisenbahn zu haben und den Bereich Wohnungsbau zu vernachlässigen. Darüber hinaus bestünden immer noch Schwierigkeiten mit dem Mautsystem für LKW und PKW mit Anhängern auf Autobahnen, Schnell- und Landstraßen. Nach Meinung von Ministerpräsident Donald Tusk sind viele Verzögerungen im Bereich Infrastruktur auf die Inkompetenz der Vorgängerregierungen zurückzuführen.
31.08.2011	Generalstaatsanwalt Andrzej Seremet kündigt die Aufhebung des Rechtshilfeabkommens mit Belarus zum Ende der Woche an. In den Beziehungen zu Belarus sei eine erneute Zentralisierung des Rechtsverkehrs notwendig, so sein Sprecher Mateusz Martyniuk. Bisher hatten Anträge seitens Belarus' auch von den Staatsanwaltschaften auf Kreisebene bearbeitet werden können. Hintergrund für die Aufhebung ist die Übermittlung von Bankdaten eines belarussischen Oppositionellen an die belarussischen Sicherheitsdienste durch die polnische Staatsanwaltschaft, was zu dessen Verhaftung geführt hatte.
01.09.2011	In Danzig findet auf der Westerplatte eine Gedenkfeier zum 72. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs statt. Anwesend sind u. a. Ministerpräsident Donald Tusk, Verteidigungsminister Tomasz Siemioniak und Bildungsministerin Katarzyna Hall. Staatspräsident Bronisław Komorowski nimmt an Feierlichkeiten in Węgieńska Górka (Beskiden) teil, wo sich polnische Soldaten drei Tage lang vor den deutschen Truppen verteidigt hatten. Komorowski sagt in seiner Ansprache, die Sicherheit eines Landes hänge nicht nur von seinen Verbündeten ab, sondern auch vom Willen der Nation, die eigene Freiheit zu verteidigen.
02.09.2011	Staatspräsident Bronisław Komorowski nimmt im schlesischen Teschen (Cieszyn) an einem ökumenischen Gebet für den Weltfrieden teil und verurteilt die Beschädigung des Denkmals von Jedwabne (Nordostpolen), das an die Ermordung von Juden durch polnische Bewohner während des Zweiten Weltkriegs erinnert. Einen Tag vor den Gedenkfeiern zum Beginn des Zweiten Weltkriegs hatten unbekannte Täter das Denkmal mit Aufschriften wie »Ich entschuldige mich nicht für Jedwabne« und »Sie waren leicht brennbar« beschmiert. Die Tat wurde von Politikern und gesellschaftlichen Organisationen entschieden verurteilt.
03.09.2011	Am Ende des zweitägigen informellen Treffens der EU-Außenminister in Zoppot (Sopot) kündigt Außenminister Radosław Sikorski im Namen des polnischen EU-Ratsvorsitzes an, dass die Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine zwar ungeachtet des von der ukrainischen Regierung veranlassten Prozesses gegen die ehemalige ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko fortgeführt würden. Das Abkommen unterliege jedoch der Ratifizierung durch das Europäische Parlament und die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten, was die Ukraine als Aufforderung verstehen sollte, die europäischen Standards für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu achten.
04.09.2011	In Warschau beginnt ein zweitägiges Treffen der Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse der Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten. Die Konferenz findet unter dem Titel »Ostpolitik. Die Pflichten Europas« statt. Von polnischer Seite nehmen u. a. Außenminister Radosław Sikorski, Sejmmarschall Grzegorz Schetyna und die Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Sejms und des Senats, Andrzej Halicki und Leon Kieres, teil. Kieres betont bei der Eröffnung der Konferenz, dass angesichts der instabilen Weltlage eine Europäische Union notwendig sei, die eine kohärente und effektive Außenpolitik vertrete. Eingeladen sind auch Vertreter der Länder der Östlichen Partnerschaft und der EU-Kandidaten.

Zweite Tagung

Deutsche Polenforschung


 DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Polen – die Mitte Europas. Kommunikation – Konstruktion – Kooperation Mainz, 22. bis 24. September 2011

Die Zweite Tagung Deutsche Polenforschung – Kongress, Fachtagung, Kontaktbörse und Ideengeber für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit Polen beschäftigen

Anmeldung bis 15. September über www.polenforschung.de

Donnerstag, 22. September 2011

Landtag Rheinland-Pfalz, Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz

17.30 **Tagungseröffnung**

Grußworte

Festvortrag Martin **Pollack** (Bocksdorf, Österreich): *Polnische Lektionen*

Empfang

Freitag, 23. September 2011

Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Alte Mensa, Johann-Joachim-Becher-Weg 3

Ab 9.00 **Projektvorstellungen, Sektionen, Diskussionen, Ausstellungen**

Projektvorstellungen

Sektion 1: *Internationalisierung*

Sektion 2: *Identität, Regionen, Räume*

Sektion 3: *Biographien und Zeugnisse*

Sektion 4: *Kommunikation über Grenzen*

Sektion 5: *Krieg und Frieden*

Sektion 6: *Transnationale Akteure im 19. Jahrhundert*

Journalistengespräch: *Polen vor den Wahlen*

Samstag, 24. September 2011

Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Alte Mensa, Johann-Joachim-Becher-Weg 3

Ab 9.00 **Sektionen, Diskussionen, Ausstellungen, Ergebnisse**

Sektion 7: *Sprache, Kommunikation, Übersetzung, Grenzen*

Sektion 8: *Polen und »der Osten«*

Sektion 9: *Die Mitte Europas*

Vorstellung von Ergebnissen, Diskussion

Organisiert von

Projektpartner


 DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT


 JGU
JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ


 DEUTSCH-POLNISCHE
WISSENSCHAFTSSTIFTUNG
POLSKO-NIEMIECKA
FUNDACJA NA RZECZ NAUKI


 FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der knapp 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2011 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen